



Die Insel Pellworm sieht sich von den Folgen des Klima-Wandels existenziell bedroht.

FOTO: LUTZ P. WESSNER

FREITAG, 17. JANUAR 2020

# Klima-Hickhack auf Pellworm

Von Lutz P. Wessner

**PELLWORM** Auf Pellworm sorgt die Sorge ums Klima für schlechtes Klima in der Politik: Zwischen der SPD und der CDU schwelt seit Monaten ein Streit, wie mit einer Einladung des Bundeskanzleramtes an die politischen Vertreter der Insel umgegangen werden soll. Nordfrieslands Bundestagsabgeordnete Astrid Damerow (CDU) hatte organisiert, dass die Insulaner ihre Klima-Sorgen im Februar direkt im Bundeskanzleramt loswerden können. Doch Pellworms Bürgermeister Dr. Norbert Nieszery (SPD) will diese einmalige Gelegenheit nicht nutzen. Er fühlt sich auf den Schlips getreten und will nicht „als schmückendes Beiwerk“ für die CDU-Politikerin nach Berlin fahren.

Was ist passiert? Im August vergangenen Jahres hatte der Gemeinderat auch im Zusammenhang mit der Klima-Klage der Pellwormer Familie Backsen beschlossen, eine Klima-Resolution an die Bundesregierung zu richten. Diese Resolution hatte die Gemeindeverwaltung an das Umweltministerium geschickt – von dort aber nie eine Rückmeldung erhalten. Der stellvertretende Bürgermeister Martin Jansen (CDU) hatte dem Gemeinderat deshalb im September zugesagt, sich schnellstmöglich um einen Termin im Kanzleramt zu bemühen, damit dort die besonderen klimatischen Bedingungen der Insel erläutert werden können.

Damerow organisierte dar-

aufhin einen Termin am 20. November, bei dem sich die Pellwormer mit dem für die Koordination des Klimakabinetts zuständigen Ministers treffen sollten.

Dies gefiel dem Bürgermeister allerdings nicht – er befand,



„Als schmückendes Beiwerk für die Wahlkreisausflüge einer Bundestagsabgeordneten stehe ich nicht zur Verfügung.“

**Dr. Norbert Nieszery**  
Bürgermeister von Pellworm

die politische Kleiderordnung sei bei dieser Einladung nicht eingehalten worden. In einer E-Mail an Damerow brachte er seine „Verwunderung“ zum Ausdruck: „Aus meiner langjährigen parlamentarischen Tätigkeit ist mir bekannt, dass Einladungen des Ministers durch das Ministerbüro und nicht durch Abgeordnete des jeweiligen Wahlkreisbüros ausgesprochen und durchgeführt werden.“

Der ehemalige Landtagsabgeordnete aus Mecklenburg-Vorpommern verweist anschließend auf die Gewaltenteilung als „Grundpfeiler unseres demokratischen Rechtsstaats“ und erklärt, er müsse auf eine Einladung direkt aus dem Bundeskanzleramt bestehen.

Nach einigem Hin und Her einigten sich Damerow und Nieszery anschließend darauf, einen auch inhaltlich gemeinsam vorbereiteten Termin zu

organisieren. Der wurde nun von Damerow für den 5. Februar anberaumt. Ob Nieszery fährt, scheint fraglich. Er kritisiert auf Nachfrage unserer Redaktion, dass Damerow auf Forderungen für ein Treffen im Bundeskanzleramt nicht eingegangen sei. „Als schmückendes Beiwerk für die Wahlkreisausflüge einer Bundestagsabgeordneten stehe ich jedoch nicht zur Verfügung“, schießt Nieszery gegen Damerow.

In seinem jüngsten Schreiben an die CDU-Politikerin – die nach eigenem Bekunden Wert darauf legt, dass die Mitglieder aller Fraktionen der Gemeindevertretung über die Einladung informiert sind und auch an dem Gespräch teil-

nehmen können – betont der Bürgermeister erneut, er persönlich würde sehr gern nach Berlin fahren. Aber, wie bereits erwähnt, nur, wenn er eine Einladung direkt von Bundeskanzleramts-Minister Helge Braun erhalte und auch Klima-



„Beim existenziellen Thema der Klimawandel-Folgen sollte auf der Insel parteiübergreifend Einvernehmen herrschen.“

**Martin Jansen**  
Stellvertretender Bürgermeister

forscher Prof. Hans-Joachim Schellnhuber zu dem Gespräch gebeten werde, wie er

und die Fraktionsvorsitzenden in einem Schreiben Anfang November gefordert hatten.

Bei der Insel-CDU ist man wenig begeistert: Martin Jansen und Fraktionsvorsitzender Marc Lucht erklären gegenüber unserer Zeitung, ihre Partei habe kein Verständnis für die ablehnende Haltung des Bürgermeisters: „Beim für Pellworm und den Inseln und Halligen, den Uthlanden, existenziellen Thema der Klimawandel-Folgen sollte auf der Insel parteiübergreifend Einvernehmen und Einigkeit herrschen. Diese Angelegenheit sollte aus parteipolitischen Taktieren unbedingt herausgehalten werden.“